Ausgabe für Groß-Berlin — 10 Pfennig

Deutsche Allgemeine Zeitung

Berlin, 29. August 1928 — Mittwoch Morgen

Chefredakteur: Dr. Fritz Klein. Schriftleitung und Verlag Berlin SW 68, Rittersraße 50. Fernsprecher: A 7, Amt Dönhoff 6957—6949. Postscheck Berlin Nr. 107941. Die „DAZ" erscheint Sonntags und Montags einmal, sonst zweimal täglich. Monatl. Bezugspreis 4.35 R.-M. in Berlin durch Boten.

Mit den Beilagen: Das Unterhaltungsblatt • Das neue Buch • Kraft und Stoff • Weltwerkerbe • Wirtschaft und Recht

Bankkonto: Darmstädter und Nationalbank. Depositenkasse Berlin SW 68, Friedrichstraße 46. Bei unverschuldeter Nichtlieferung besteht kein Anspruch auf Vergütung. Anzeigenpreis 0.45 R.-M. je 33 mm breite Millimeter-Zeile. Bedarfsanzeigen nach besonderem Tarif

67. Jahrgang — Nr. 403 — 29. 8. m — 10 Pfennig

Stresemanns Gespräch mit Poincaré

Betrachtungen des „Temps" über Inhalt und Auswirkung

fs. Paris, 28. 8. (Eigenbericht)

Ueber den Inhalt des Gespräches, das Stresemann mit Poincaré geführt hat, wird natürlich strengstes Stillschweigen gewahrt. Im allgemeinen kommt in der Presse die Auffassung zum Ausdruck, daß Stresemann den Standpunkt der deutschen Regierung zu den schwebenden Fragen entwickelte, während Poincaré sich nur reserviert verhalten hat. Wenn die Rede Stresemanns in der Absicht erfolgte, die Atmosphäre, in der die Annäherungspolitik in Frankreich weiter geführt werden solle, zu verdeutschen, so wäre das — nach dem „Temps" zu schließen — gelungen. Wenn das Blatt auch betont, daß heute keine Lösung improvisieren könne, da die Räumungsfrage nicht nur Frankreich allein, sondern alle alliierten Staaten angehe, so führt es anderseits aus, daß die Tatsache der Pariser Unterredung eine beträchtliche Bedeutung habe, daß sie davon Zeugnis ablege, daß sich etwas in der internationalen Lage geändert haben müsse, und daß sie in der Politik der Diplomatie und der Entente, der Verständigung und Wiederannäherung eine Atmosphäre schaffe und ein Ereignis sei.

Nach den letzten vorliegenden Meldungen entspricht es nicht den Tatsachen, daß Rußland seine Bereitwilligkeit ausgesprochen habe, dem Pakt beizutreten, vielmehr hat die Sowjetregierung noch keine Entscheidung getroffen.

Wilsons Gespenst im Uhrensaal

In demselben Saale, in dem der Kellogg-Pakt unterzeichnet worden ist, sah einst Präsident Wilson. Der französische Außenminister Briand hat in seiner feierlichen Rede daran erinnert. Aristide Briand gilt als einer der besten Redner der Gegenwart. Was mag ihn bewogen haben, dieses furchtbare Gespenst zu beschwören? In den Vereinigten Staaten hat sich schon lange die Sorge gerührt, daß Staatssekretär Kellogg durch die Geheimdiplomatie der europäischen Entente-Staaten ebenso getäuscht, irregeführt und überrascht werden würde, wie seinerzeit Präsident Wilson. Es gehörte ein beachtenswertes Maß von Mut und Selbstvertrauen für Kellogg dazu, daß er sich trotz des Schicksals, das Wilson erlitten hat, zu der Reise nach Paris entschloß.

Briand sprach zwar jetzt von Wilson als dem berühmten Vorgänger Kelloggs, der bei seiner Arbeit für den Frieden ein so starkes Bewußtsein von der Rolle seines Landes an den Tag gelegt habe. Aber die Amerikaner haben es Wilson nie verziehen, daß er in Wahrheit als geschlagener Mann nach seiner Heimat zurückkehren mußte. Das Parlament hat die Bindungen, die Wilson unterschrieb, bitter verworfen.

Wir haben vor einiger Zeit auf Grund neuer Quellen beschrieben, wie es Wilson zumute war, als er als Mißschuldiger des Versailler Diktats dann Frankreich verließ. Man hatte früher angenommen, daß sein Groll sich gegen Clémenceau, den damaligen französischen Ministerpräsidenten, als seinen eigentlichen Ueberwinder gerichtet habe. Inzwischen ist an den Tag gekommen, daß der an Leib und Seele gebrochene Wilson in Poincaré die eigentlich treibende Kraft erblickt und grimmig gehaßt hat.

Wilsons persönliches Schicksal ist wirklich erschreckend. Das Volk der Vereinigten Staaten hat diesen Präsidenten, der sich Poincaré unterlegen gezeigt hatte, fallen lassen. Und jetzt erinnert der französische Außenminister den amerikanischen Staatssekretär des Aeußern an diesen seinen „Vorgänger"! Spielt hier der Hohn des Ueberwinders zu Kellogg? Das wäre doch wohl etwas zu voreilig. Die Diplomaten der Vereinigten Staaten ist auf der Hut. Sie hat Wilsons Erlebnisse nicht vergessen. Man merkt dies übrigens auch an den Kommentaren der amerikanischen Presse. Die Erinnerung an den an dieser selben Stelle errungenen Sieg der Gewaltpolitik Poincarés über den damaligen Präsidenten der Vereinigten Staaten, Wilson, war ein jeden Fall ein merkwürdiger Ton in der Friedenssymphonie der Kellogg-Unterzeichnung.

Die Lärmseuche

Die Berliner Polizei hat endlich, nachdem Bad Köksen mit gutem Beispiel vorangegangen war, den Kampf gegen den Lärm aufgenommen, und zwar dort, wo er nachgerade auch für gesunde und starkverträgliche Menschen unerträglich wurde: bei den Motorrädern. In einer netten Feuilletonplauderei war kürzlich einem Richter scherzhaft der Ausdruck in den Mund gelegt worden: das ginge technisch nicht anders. Erfreulicherweise irrt dieser Richter, denn wenn er nicht irre, dann müßte man doch wohl die peinliche Schluß folgerung ziehen, Motorräder für die Benutzung in bewohnten Gegenden überhaupt zu verbieten. In der Tat ist der Motor in einem Motorrad technisch nicht anderes, wie der Motor in einem Automobil oder in einem Flugzeug. Ein jeder solcher Motor macht, wenn man ihn frei hinfliegt, starken Lärm. Der Lärm rührt her von den Gasexplosionen, die den Motor in Bewegung setzen. Er entsteht durch das notwendigerweise heftige, rasche Ausströmen der Gase. Das wußte man schon vor 50 Jahren, als die ersten Gasmotoren in Gewerbebetrieben aufgestellt wurden. Dieser Lärm hat auch damals dazu geführt, daß die Motoren großer Feindschaft begegneten. Unter diesem Druck bemühte sich die Industrie, den Schall zu dämpfen. Die heute durch die Straßen fahrenden Automobile sind der schlüssige Beweis dafür, zu welchen ausgezeichneten Ergebnissen diese Arbeiten geführt haben. Bei Anwendung der zur Verfügung stehenden Mittel der Technik ist ein vollständig geräuschloser Betrieb von Benzin- und Benzolmotoren und jedem anderen Gasmotor möglich. Das knatternde Motorrad ist unter diesem Gesichtswinkel weiter nichts wie grober Unfug. Daß er so herumwuchs, ist einerseits Schuld der Behörden, die die bestehenden gesetzlichen Handhaben einfach nicht anwandten, ist anderseits aber Schuld der Motorradfahrer selbst, die in leider überaus großer Zahl feinerlei Wert darauf legten, sich sozial und kulturgemäß zu benehmen, vielmehr nach Jungenart eine besondere Freude an der Verübung möglichst großen Lärms bewiesen, der sie außerdem der Notwendigkeit vorsichtigen Fahrens und der Abgabe von Warnungssignalen enthob — wenigstens nach ihrer Meinung. Händler und Reparaturanstalten unterstützen stellenweise dieses völlig zu Unrecht als „sportlich" bezeichnete Benehmen noch dadurch, daß sie bei der Bestellung der für Lärmdämpfung etwa vorhandenen Einrichtung halfen. Angesichts dieser Tatsachen gaben sich auch die Fabriken feinerlei besondere Mühe, das Geräusch wirksam abzudämpfen. Es wird jetzt großer Zähigkeit und sehr drastischer Mittel bedürfen, um diese fahrlässig unbestraften Sünden auszumerzen. Das Wirksamste ist natürlich die „Sicherstellung" der lärmenden Maschine. Interessen der Allgemeinheit müssen unbedingt den höchst persönlichen Wünschen Einzelner übergeordnet werden.

Polen durch den Kellogg-Pakt nicht zufriedengestellt

Zaleski vermißt die „Sanktionen" — Bereithaltung eigener Mittel zur Verhütung von Feindseligkeiten

fs. Paris, 28. 8. (Eigenbericht)

Der polnische Außenminister Zaleski hat im Laufe des heutigen Tages die Presse empfangen, um sich nicht nur über den Kellogg-Pakt, sondern über die allgemeine politische Lage zu äußern. Aus dem Pakt dürfe man keinen übertriebenen Optimismus schöpfen und nicht mehr Hoffnung auf ihn setzen, als er verwirklichen könne. Der Pakt habe keine „Sanktionen" gegen die war, die ihn brechen würden. Er schaffe kein Mittel, um einen bewaffneten Zusammenstoß zu verhindern oder zu vermeiden, wenn er ausbrechen sollte. Es gäbe in Europa Gegenden, wo die Kriegsgefahr unwahrscheinlich, wenn nicht ausgeschlossen sei. Es gäbe andere, wo die Zwistigkeiten zwischen den Nationen vorhanden und wo Weisheit und Mäßigung infolgedessen nicht immer ausgeübten brauchten, um die Gefühle und Leidenschaften im Zaume zu halten. In diesen Gebieten müßte man den Frieden organisieren entsprechend den besonderen Umständen und den geographischen, wirtschaftlichen und sozialen Bedingungen. Dabei stoße man auf die schweren Probleme der Sicherheit und Entwaffnung. Man müsse alle besondere Lösungsmöglichkeiten suchen, um für diese Gebiete Sicherheiten zu schaffen, und dürfe dabei nicht aus dem Auge verlieren, daß die Aufrechterhaltung des Friedens in diesen Gebieten, obgleich sie die Menschheit als Ganzes angehe, nur durch die Nationen verbürgt werden könne, deren Interessen dort unmittelbar auf dem Spiel ständen und die infolgedessen selbst die notwendigen Mittel zur Verfügung stellen müßten, die geeignet seien, den Ausbruch von Feindseligkeiten zu verhindern.

Alle diese Fragen habe der Völkerbund zu lösen. Der Kellogg-Pakt werde die Arbeiten des Völkerbundes in stärkerer Weise erleichtern, denn er schaffe ein neues Moment, das selber der Völkerbund noch nicht zu schaffen fähig gewesen sei.

Der Pakt, so führte Zaleski auf eine Frage weiter aus, mache den legalen Krieg zwischen Deutschland und Polen vollkommen unmöglich. Daher sei schon viel erreicht. Die Agitation die gewisse deutsche Zeitungen und gewisse deutsche Kreise für eine Aenderung der Ostgrenzen führten, werde ebenfalls mit der Tatsache rechnen müssen, daß Deutschland einen Vertrag unterzeichnet habe, durch den es sich verpflichtet habe, nicht zum Kriege zu schreiten. Diese Verpflichtung sei allerdings in den Locarno-Verträgen bereits enthalten, aber in dem neuen Pakt sei sie besonders klar zum Ausdruck gebracht.

Der Anschlußfrage gegenüber halte sich Polen völlig im Rahmen der bestehenden Verträge. Zur Entwaffnungsfrage wurde ausgeführt, daß Polen Hand in Hand mit Frankreich vorgehe und daß diese Frage zwischen Frankreich, Polen, englisch-französische Marineabkommen interessiere. Polen nicht, da es angenommen nur über geringe Seestreitkräfte verfüge. Die polnisch-litauischen Verhandlungen seien gescheitert. Es sei jetzt am Völkerbundrat, darüber zu entscheiden, was geschehen könne. Polen glaube, daß die offenen Verhandlungen fortzuführen, in der Hoffnung, daß die Zeit eine Lösung für die dornige Frage bringen werde. Polen glaube, daß die offenen Verhandlungen fortzuführen, in der Hoffnung, daß die Zeit eine Lösung für die dornige Frage bringen werde. Polen glaube, daß die offenen Verhandlungen fortzuführen, in der Hoffnung, daß polnischerseits böse Absichten gegenüber Litauen nicht bestünden, sondern daß Polen mit seinen Nachbarn und besonders mit Litauen in Frieden und Eintracht leben wolle.

Von den deutsch-polnischen Handelsvertragsverhandlungen, die am 10. September in Warschau beginnen sollten, erhoffe man in Polen einen glücklichen Ausgang. Soweit man die Dispositionen der neuen deutschen Regierung kenne, sei auf eine entgegenkommendere Haltung Deutschlands zu rechnen. Jedenfalls würden die Verhandlungen auf rein ökonomisches Gebiet beschränkt bleiben. Wenn es sich um Geschäfte und um Zahlen handele, könne man sich stets verständigen.

Die „DAZ" enthält am Freitag früh eine besondere Beilage, die der Funkausstellung anläßlich ihrer Eröffnung gewidmet ist. Die nächste Nummer der Beilage „Weltwerkerbe" erscheint am kommenden Mittwoch.

Frühstück beim französischen Staatspräsidenten

fs. Paris, 28. 8. (Eigenbericht)

Der Präsident der französischen Republik gab heute in Rambouillet ein Frühstück zu Ehren der Botschafter. Die Botschafter der Länder, die dem Pakt beigetreten sind, und die Mitglieder der Regierung waren ebenfalls geladen, ebenso der französische Botschafter in den Vereinigten Staaten, Claudel, und Generalsekretär Berthelot. Die Gäste trafen zwischen 12 und 12.15 Uhr in Rambouillet ein. Gleichzeitig des Eisens sah rechts vom Präsidenten Doumergue Staatssekretär Kellogg, links der amerikanische Botschafter Herrick, Poincaré sah Doumergue gegenüber, rechts von ihm Lord Curzon, dann Botschafter v. Hoesch. Nach dem Kaffee begab man sich in den Park, in dem einige Stuffagaten eingerichtet worden waren, die dem Präsidenten der Republik eine Adresse überreichen wollten. Sie mußten von der Gendarmerie entfernt werden.

Am Nachmittag fand ein Empfang im Stadthaus statt. Der Präsident des Stadtrates sprach einige Begrüßungsworte. Nach ihm sprach der Seine-Präfekt. Die Bevollmächtigten zeichneten sich in das Goldene Buch der Stadt Paris ein. Den Damen wurden Rosenbuketts überreicht.

*

Der Originaltext des Kellogg-Paktes wird in Washington hinterlegt, ebenso geschieht es mit den Ratifikationsurkunden. Der Pakt wird in Kraft treten, sobald sämtliche Ratifikationsurkunden aller Staaten, die gestern ihre Unterschrift geleistet haben, in Washington hinterlegt sind.

Besuch Baldwins in Paris

sx. London, 28. 8. (Eigenbericht)

Der englische Ministerpräsident Baldwin wird Ende September einen mehrtägigen Besuch in Paris abstatten. Baldwin hat die Einladung des neuen englischen Botschafters in Paris, Sir William Tyrrell, angenommen, auf der Rückreise von Nix-les-Bains nach London ein paar Tage sein Gast in der englischen Botschaft in Paris zu sein. Der Besuch soll privaten Charakter tragen.

Keine Einigung über die Kontrolle der Rüstungsindustrie

Genf, 28. 8.

Ueber die grundlegende Frage der Kontrolle und Offenlegung der gesamten Produktion der staatlichen und der privaten Rüstungsindustrien konnte in dem Sonderausschuß zur Ausarbeitung einer Konvention für die Kontrolle der Rüstungsindustrien auch heute keine Einigung erzielt werden. Die vom Redaktionskomitee vorgeschlagene Kompromißformel, die für die Kontrolle der privaten Rüstungsindustrien Vorkehrungen ihrer Produktion mit maßgebenden Einzelheiten vorsieht, für die staatlichen Rüstungsindustrien sich aber auf die Vorkehrungen beschränkt, wurde von dem Berichterstatter Guerrero (Salvador) angesichts der von verschiedenen Staaten aufrechterhaltenen Vorbehalte als unzulänglich bezeichnet. Man müsse sich daher fragen, ob es nicht besser sei, nach dem Scheitern der Verhandlungen vom Frühjahr 1927 nunmehr ein zweites Fiasko einzugestehen.

Im Gegensatz zu dieser von dem holländischen Vertreter Rutgers geteilten Auffassung verteidigte Großbritannien das Kompromiß als ein Minimum, mit dem zwar niemand zufrieden sei, auf dem aber die bevorstehende Völkerbundsversammlung im Hinblick auf die Vorbereitung der Abrüstungskonferenz weiter bauen könne. Nach der Unterzeichnung des Kellogg-Paktes müsse man in dieser Hinsicht etwas optimistisch denken (!). Auch der japanische Delegierte Sato glaubt, daß der jetzige Stand der Angelegenheit die weitere Beratung auf einer Konferenz erlaube. Da eine Einigung auch bei der heutigen Aussprache nicht möglich war, schlug der Vorsitzende Graf Bernstorff vor, dem Völkerbundsrat über die weiter bestehenden Meinungsverschiedenheiten und Vorbehalte zur Kontrollfrage unter Schilderung des gegenwärtigen Standes der ganzen Angelegenheit Bericht zu erstatten. In dem Bericht müßte nach seiner Auffassung gleichzeitig gesagt werden, daß eine Einberufung der geplanten Konferenz für die Kontrolle der Rüstungsindustrien noch nicht möglich sei und daher der Sonderausschuß zu einer neuen Tagung zusammentreten müsse.

Diesen Richtlinien für den Bericht wurde zugestimmt. Auf Anregung des polnischen Vertreters Sokal soll gleichzeitig der kategorischen Feststellung, daß die Konferenz noch nicht einberufen werden könne, abgeholfen werden. Nach Abschluß der artikelweisen Beratung des Vorentwurfs wird der Ausschuß voraussichtlich am Donnerstag zu seiner Schlußsitzung und zur Genehmigung des Berichts an den Rat zusammentreten.

Die Tariferhöhung der Reichsbahn

Verhandlungen über die Kohlentarife — Erleichterungen auch für Eisen? — Die Auswirkungen des Zweiklassen-Systems

Zu den vor der Durchführung stehenden Tarifplänen der Bahn erfahren wir noch, daß nicht nur hinsichtlich der Gestaltung der Kohlenfrachten, sondern auch über gewisse Erleichterungen für Eisen gestern noch Verhandlungen geführt worden sind, deren Ergebnis heute mitgeteilt werden dürfte.

*

Im Personenverkehr ist als sicher zu erwarten, daß der Uebergang zum Zweiklassen-System vollzogen, ein Eilzug-Zuschlag eingeführt und der Schnellzug-Zuschlag verdoppelt wird. Eine Steigerung darüber hinaus wird bei den Schnellzügen durch Einrichtung einer vierten und fünften Schnellzugzone eintreten.

*

Die Grundpreise für den Personenverkehr werden sich im Verhältnis zu den jetzigen wie folgt gestalten:

	jetziger Preis	vorgesehener Preis	Veränderungen
4. Klasse	3,3 Pfg.	3,7	+ 12 v. H.
3. Klasse	5 Pfg.	5,7	— 26 v. H.
2. Klasse	7,5 Pfg.	5,6	— 25,3 v. H.
Luxus und 1. Schlafwagen-Klasse	10,8 Pfg.	9,3	— 13,9 v. H.

Der jetzige Reisende der dritten Klasse wird die Wahl haben, zegen 26 Prozent Ermäßigung in der Holzklasse mit den bisherigen Reisenden vierter Klasse zusammenzufahren oder eine 12prozentige Mehrausgabe in Kauf zu nehmen und damit in die Polsterklasse überzugehen. Zeitkarten bleiben frei.

Die Schnellzugs-Zuschläge werden folgendes Aussehen haben:

	Holzklasse	Polsterklasse	Luxusklasse in Schlafwagen
1. Zone (1— 75 km)	1 Rm.	2 Rm.	3 Rm.
2. „ (76—150 „)	2 „	4 „	6 „
3. „ (151—225 „)	3 „	6 „	9 „
4. „ (226—300 „)	4 „	8 „	12 „
5. „ (301 u. mehr)	5 „	10 „	15 „

Um die Ueberfüllung der Schnellzüge auf nahe Entfernungen zu vermeiden, ist die Zusammenziehung der 1. und 2. Zone in Aussicht genommen. Es wird also als Mindestschnellzugzuschlag erhoben werden in der Holzklasse 2 Mark (gegen bisher 50 Pfennige), in der Polsterklasse 4 Mark (1 Mark) und in der Luxusklasse und im Schlafwagen 6 Mark (2 Mark).

Außerdem sollen die Eilzüge mit einem Zuschlag belegt werden, wobei zur Schonung des in diesen Zügen starken Nahverkehrs eine Nahzone von 1—35 Kilometer vorgesehen werden soll. Die Zuschläge würden sich danach belaufen auf:

Nahzone	Holzklasse	Polsterklasse
1. Zone (1— 35 km)	0,25 RM.	0,50 RM.
2. Zone (36— 75 km)	0,50 RM.	1,— RM.
2. Zone (76—150 km)	1,— RM.	2,— RM.
3. Zone (151—225 km)	1,50 RM.	3,— RM.
4. Zone (226—300 km)	2,— RM.	4,— RM.
5. Zone (301 km u. mehr)	2,50 RM.	5,— RM.

Die beschleunigten Personenzüge fallen als besondere Zuschläge fort, was aber, wie die Bahn versichert, nicht bedeutet, daß später keine Züge mehr gefahren werden würden, die durch Fortfall mehrerer Ausenthalte eine schnellere Beförderung ermöglichen.

Neue Schwierigkeiten für Ahmed Sogu

Der Tag der Königswahl weiterhin undestimmt

kbg. Wien, 28. 8. (Eigenbericht)

Die geplante Ausrufung Ahmed Sogus zum König stößt anscheinend auf unvermutete Schwierigkeiten. Die albanische Nationalversammlung hat am Montag die vom Justizminister verlesene Botschaft Ahmed Sogus zur Kenntnis genommen, in der Ahmed Sogu seine „tiefste Achtung für die uneingeschränkte und unverletzbare Souveränität des albanischen Volkes" zum Ausdruck brachte. Er gab gleichfalls in der formellsten Art in dieser Botschaft die Versicherung, daß die Nationalversammlung die Repräsentantin der Nation sei und als solche alle Fragen zu entscheiden habe, von denen das Schicksal der Nation abhänge.

Heute liegt aus Tirana die Meldung vor, daß die rechtsgültige Proklamation des neuen Königs eine weitere Verzögerung erfahre, und man nicht wisse, ob die Nationalversammlung in ihren nächsten Sitzungen am Donnerstag und am Sonnabend die Verfassungsreform beschließen werde, die als Voraussetzung der Königswahl notwendig sei. Es wird gleichzeitig gemeldet, daß Umzüge und Volkskundgebungen zugunsten Ahmed Sogus stattfinden. Aber die Wahl selbst scheint noch ungewiß zu sein.

Stresemann in Baden-Baden

Baden-Baden, 28. 8.

Reichsaußenminister Dr. Stresemann ist heute abend 8,32 Uhr in seinem Salonwagen hier eingetroffen. Er begab sich sofort mit seiner Begleitung im Automobil nach dem Hotel Bellevue, wo er für die Zeit seines Nachkuraufenthalts Wohnung genommen hat.

*

Staatssekretär Dr. von Schubert verließ am Dienstag abend 8,25 Uhr in Begleitung des Ministerialdirektors Dr. Gaus, des Gesandten Freytag, des Geheimrats von Molke und einer Reihe weiterer Herren des Auswärtigen Amts Berlin, um sich nach Genf zur Ratstagung zu begeben. Mit dem gleichen Zuge fahren auch der dänische Außenminister Moltesen, sowie der Berliner dänische Gesandte Grafe und der litauische Gesandte Sidzikauskas nach Genf. Staatssekretär Dr. von Schubert weilt in Baden-Baden am Mittwoch mit dem Reichsaußenminister Dr. Stresemann zusammentreffen.

Auf der Charlottenburger Chaussee wurde der 65jährige Generalarzt a. D. Dr. Otto Reinhardt aus der Klopstockstraße 7 von einer Autodroschke umgefahren und schwer verletzt. Er fand im Krankenhaus Moabit Aufnahme. Lebensgefahr besteht nicht.

Zum Tage

Die Polizei zum neuen griechischen Senat wurden auf den 18. November festgesetzt.

*

In Agram ist im Tatsfluß des Gebäudes, in dem die kroatische Bauernpartei ihren Sitz hat, Feuer ausgebrochen. Es wird Brandstiftung vermutet.

*

Der Sohn des ungarischen Reichsverwesers Horthy ist in der letzten Sitzung der British-Ungarischen Bank zum Direktor dieser Anstalt ernannt worden.

Leises Anziehen der Erwerbslosenziffer

Die Zahl der unterstützten Arbeitslosen in der Arbeitslosenversicherung hat in der Zeit vom 1. bis 15. August — zum Teil auch noch bis 15. August — ein erstes Mal seit dem 15. Januar d. Js. — zugenommen, allerdings nur um 3,1 v. H. bei dem Umfange. Sie stieg von rund 564 000 auf 567 0000, d. i. um 0,6 v. H. Die Steigerung ist auf die Zunahme der männlichen Hauptunterstützungsempfänger zurückzuführen, deren Zahl um rund 5800 oder 1,4 v. H. gestiegen ist, während im Gegensatz hierzu die Zahl der weiblichen noch um 2100 oder um 1,3 v. H. zurückging.

In der Krisenunterstützung ist die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger sowohl bei den Männern als auch bei den Frauen noch weiter zurückgegangen und zwar bei den Männern um 2,3 v. H., bei den Frauen um 3,4 v. H. Insgesamt sind die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger von 82 900 auf 80 900, d. i. um 2000 oder 2,5 v. H.

Amerikanischer Funkdienst

New York, Devisen- und Geldmarkt

Devisenkurse von 3 Uhr nachmittags

	28. 8.	27. 8.		28. 8.	27. 8.
Tägl. Geld	7½	7½	London 60 T.	4,81½	4,81½
Bankdiskont			Paris	3,96½	3,96½
(60 Tage) B.	4½	4½	Brüssel	13,94	13,94
do. do. G	4½	4½	Amsterdam	40,08½	40,08½
Fä. Bankdiskont,			Madrid	16,61½	16,62
niedrig. Kurs	5½	5½	Oslo	26,48	26,49
do. höchster	5½	5½	Kopenhagen	26,48½	26,49½
Berlin Mittelk.	23,84	23,84½	Prag	2,96½	2,96½
bez.	—	—	Wien	2,23½	2,23½
London			Madrid	16,61½	16,62
Kabel	4,85¾	4,85¾	Zürich	18,95	18,95

New York, Wertpapiermarkt

	28. 8.	27. 8.		28. 8.	27. 8.
Kalifornien Bonds	23,75	23½	Kanadische Pacific	—	—
Ro inka	17,25	17,25	Wellfleet	5,38	5,38
Sepbr.	16,00	16,05	Schwarz West	12,25	13,25
Dezbr.	16,03	16,04	Tabe extra issue	8,25	8,25
Januar 29	15,88	15,91	Bor. Saatöl inkas.	9,00	9,00
Mai	15,75	15,79	Aug.	9,30	9,25
Baumwolle inkas.	18,64	18,64	Sept.	9,30	9,26
Septbr.	19,03	18,85	Petrol. Standard, N.	17,40	17,40
Oktbr.	19,05	18,78	„ Tassers	13,75	13,75
Dez.	18,92	18,64	Midcontinent	1,19	1,19
Januar	18,86	18,57	Pennsylv. Raböl	3,20	3,20
Zucker Sept.	2,60	2,25	Zucker Sept.	2,25	2,22
Dezbr.			Dezbr.	2,29	2,31
Januar	2,40	2,38	Januar	2,40	2,38
Kautsch. crepe	19,00	19½	Kautsch. crepe	19,00	19½
shect	18,75	18,75	shect	18,75	18,75
Terpentin	52,50	52,50	Terpentin	52,50	52,50
Savannah	49,50	49½	Savannah	49,50	49½
Basinw. N. Orl.	18,75	18,75	Basinw. N. Orl.	18,75	18,75

	28. 8.	27. 8.		28. 8.	27. 8.
Weizen, rot. 1528	131½	131½	Mais, Sp.	5,75—7,15	5,75—7,15
Hartwinter, 1202	127½	128½	Getrd. Frgt.	1/3—20 40	1/3—20 40
Mais, inkas.	89½	86½	Kontinent	10—12 cts	10—12 cts

Chicago, Produktenmarkt

	28. 8.	27. 8.		28. 8.	27. 8.
Weizen Septbr.	112½	111½	Schmalz Oktober	12,57½	12,55
Dezbr.	118	116½	Kippen September	14,35	14,22
Mais Septbr.	92½	93½	Speck	14,62½	14,62½
Dezbr.	76½	73½	Leichte (inkofr.	11,60	11,60
Hafer Septbr.	39½	38	Schweine (inkofr.	12,50	12,50
Dezbr.	41½	40½	Schwere (inkofr.	11,85	11,85
Roggen Septbr.	97½	97½	Schweine (inkofr.	12,60	12,60
Dezbr.	99½	97½	Zufuhr Chicago	15,000	23,000
Schmalz Septbr.	12,42½	12,42½	„ Western	60,000	62,000

Auslandskapital und Dawes-Zahlungen

Anregungen und Betrachtungen

Von unserem Berichterstatter

fs. Paris, im August.

Es ist, wie das in der „D. A. Z." erst kürzlich wieder ausgeführt wurde, natürlich unbestritten, daß der Dawesplan nicht sinngemäß funktioniert. Der Plan sah vor, daß Deutschland aus den Ueberschüssen seiner Zahlungsbilanz Reparationen leisten sollte, aber diese Ueberschüsse der Zahlungsbilanz sollten keineswegs erzielt sein durch Aufnahme von Krediten im Ausland. Bisher hat sich Deutschland die Devisen zur Bezahlung seiner Reparationsverpflichtungen geliehen. Aus diesem Zustand ergeben sich unter anderem zwei Fragen: 1. Bedarf Deutschland auch jahlen können, sobald die Umstände es zwingen aus eigener Kraft Reparationen zu zahlen? Sofern für den Standpunkt, daß Deutschland 2,5 bis 3 Milliarden aus eigener Kraft leisten könne, überhaupt Argumente angeführt werden, lassen sich diese Argumente ebenso anführen, um eine Zahlung von 10, 15 oder X Milliarden für möglich zu halten. Das entscheidet über die Qualität der Argumente.

Die zweite Frage die sich ergibt, und die hier in der deutschen Oeffentlichkeit werden soll, ist die, was für Verhältnisse sich ergeben müssen in dem Augenblick, wo der Zufrom von Auslandskapitalien aufhört, wo also der Beginn einer Zahlung aus eigener Kraft gemacht werden muß. Man hat dieses Stadium gerne als Uebergangsstadium bezeichnet, indem man die Wirtschaftsordnungen, die nach allgemeiner Anschauung in ihm auftreten müssen, nur als einen Uebergang zu einem definitiven Zustand ansah. Man kann diese Bezeichnung dann akzeptieren, wenn man sich darüber klar bleibt, daß jener definitive Zustand in sich selber etwas völlig Unbekanntes und Unübersehbares ist, und wenn man sich ferner darüber klar ist, daß das tatsächliche Definitivum selber beeinflußt und vielleicht beseitigt werden wird durch die wirtschaftlichen Erschütterungen in jener sogenannten Uebergangszeit.

Gründe der Kapitalsaufnahme im Ausland

Es gibt für die deutsche Kapitalsaufnahme im Ausland zwei mögliche Erklärungen: 1. Es fehlt in Deutschland nicht an Kapitalien, sondern es fehlt eine Devisenzone Milliardenbeträge also, die durch Reparationssteuern vom Staate erfaßt werden, sind indessen nicht ohne weiteres transferiert werden können. Um sie zu transferieren, leiht man im Ausland Devisen und gibt als Gegengabe eine Hypothek auf jene Zwischenfiskalschuld. Wenn das so wäre, so würde diese Praxis offenbar beliebig lange fortgesetzt werden können, weil bei gleichbleibender Produktivität der Wirtschaft immer Güter vorhanden wären, die man als Pfand für die Devisenleihe hingeben könnte. Diese Praxis müßte nur dann unterbrochen werden, wenn das Ausland kein Interesse mehr an dem Erwerb dieses Pfandes nimmt. Anderseits: sieht es sich heraus, daß die erfaßten Werte keinen Ueberschuß der Wirtschaft darstellen, so ist es klar, daß eines Tages die Auslandstrebite aufhören müssen, spätestens dann, wenn nichts mehr zu verleihen übrig bleibt. Letzteren Standpunkt hat in überaus klaren Ausführungen bekanntlich Cassel vertreten.

Fragt man sich, ob die Erträge der Reparationssteuern Ueberschüsse der Volkswirtschaft darstellen, so kommt man zu einem negativen Ergebnis. Als Ueberschuß der Volkswirtschaft ist das anzusehen, was sich nach Abzug jener Aufwendungen als Reinertrag ergibt, die notwendig sind, um die Produktivität der Wirtschaft zu erhalten, diejenigen Produktionsverbesserungen vorzunehmen, die nötig sind, um die international wettbewerbsfähig zu erhalten und um diejenigen Produktionserweiterungen vorzunehmen, die dazu dienen, um den Bevölkerungszuwachs zu ernähren, zu behaupten und zu steigern. Um solche Ueberschüsse kann es sich deshalb nicht handeln, weil dann die Auslandskredite etwa auf die Höhe der Devisenreparationszahlungen beschränkt bleiben würde. Das ist bekanntlich nicht der Fall. Der Betrag der Auslandsanleihen geht weiter über diese Posten hinaus, wodurch bewiesen wird, daß die durch die innere Aufbringung der Reparationslasten erfteuerten Gütermengen für den normalen Wirtschaftsbedarf nicht entbehrt werden können, so, daß sie noch nicht einmal ausreichen, daß darüber hinaus neue Gütermengen vom Ausland geliehen werden müssen.

Wirkung der Auslandsanleihen auf die inländische Konjunktur

Um die Wirkung der Auslandsanleihen auf die inländische Konjunktur an einem einfachen Beispiel darzumachen, greifen wir zur folgenden Fiktion: Wir nehmen an, die Reparationslast betrage 2,5 Milliarden und die Aufnahme von Auslandsanleihen 5 Milliarden. 50 Prozent der Auslandsanleihen werde zur Reparationszahlung verwandt und jeder Unternehmer, der Kredite im Ausland aufnimmt, beziehe für 50 Prozent Waren aus dem Ausland und verkaufe 50 Prozent seiner Devisen gegen bar auf dem inländischen Markt. Letzteres veranlaßt folgenden Vorgang: 2,5 Milliarden sind von dem Staat durch Reparationssteuer an sich gezogen und an den Agenten abgeführt worden. Zudem die Unternehmer 2,5 Milliarden Devisen dem Reparationsagenten verkaufen, stellt dieser Ihnen als Gegen-